Der neue US-Präsident

Putin im falschen Film

Fernsehkampagnen in Russland, Hackerangriffe in den USA – der Kreml hat alles darangesetzt, Kandidatin Hillary Clinton zu diffamieren. Doch die Wahl von Donald Trump macht der russischen Propaganda einen Strich durch die Rechnung.

Zita Affentranger

Die Machthaber in Washington würden Donald Trump eher umbringen, als zuzulassen, dass mit ihm ein Freund Russlands ins Weisse Haus einziehe, ging die russische Propagandalinie vor der US-Wahl. Es sei eine Frechheit, dass die Amerikaner ihr System noch als Demokratie bezeichneten, so «ekelhaft schmutzig» wie der Wahlkampf verlaufen sei. Dass dieses angeblich hochkorrupte System dann Donald Trump zum US-Präsidenten gemacht hat, löste in Moskau zwar Zustimmung aus, aber auch Konsternation. Man hoffe auf gute Beziehungen, sagte Präsident Wladimir Putin etwas lahm. Auch Russland wurde vom Wahlresultat überrascht.

Und Moskau sieht sich Vorwürfen gegenüber, selber versucht zu haben, den Urnengang in den USA zumindest zu beeinflussen. Angefangen hat es mit den Hackerattacken gegen die US-Demokraten. Doch dabei blieb es nicht. Laut FBI haben russische Hacker die Wählerdatenbanken in den Bundesstaaten Arizona und Illinois angezapft. Unklar blieb, ob es sich dabei um kriminelle oder vom Kreml gesponserte Versuche handelte. Der demokratische Senator Harry Reid verlangte Ende August eine Untersuchung, ob Russland versuche, das Wahlresultat zu manipulieren. Einen Monat später antwortete Jeh Johnson, der Chef des Ministeriums für innere Sicherheit, dass es feindliche Cyberattacken gegeben habe, doch seien dabei keine Daten manipuliert worden.

Der Kreml schweigt zu den Vorwürfen. Man habe mit dem Stab Trumps Kontakt gehabt im Wahlkampf, heisst es im russischen Aussenministerium kryptisch. Sicher ist, dass die Geschichten über russische Manipulationen zu Hause ihre Wirkung getan haben: Manche Russen sind fest davon überzeugt, dass der Sieg Trumps der Sieg Putins ist. Trump müsse nun den Ruf wieder loswerden, ein «Agent Putins» zu sein, sagte ein Kommentator. Der russische Präsident habe Trump gerade zum Gesandten für den Distrikt Nordamerika ernannt, ging ein Witz im Netz. Ohne Zweifel haben die Gerüchte den Allmachtstatus Putins gestärkt: Er hat nicht nur sein Land im Griff, zieht in Syrien und in der Ukraine die Fäden, er entscheidet auch noch die US-Wahlen.

US-Cyberspezialisten sind überzeugt, dass die Russen hinter dem Datenklau bei den Demokraten stecken. Dass die Angriffe auf die Wahldaten ebenfalls auf das Konto des Kremls gehen, halten sie jedoch für eher unwahrscheinlich. Konkret geht es um zwei Angriffe auf Wählerdaten in Arizona und in Illinois. In Arizona haben Hacker Benutzername und Passwort für die Wählerregistrierung gestohlen und online gestellt. Die Website wurde geschlossen. Ein Geheimnis waren die Daten nicht. Laut US-Medien kann man diese kaufen, wenn man beteuert, sie nicht für Werbezwecke zu missbrauchen. In Illinois nutzten die Hacker eine offenbar seit langem bekannte Sicherheitslücke. Zwar hiess es offiziell, es habe sich um einen sehr ausgeklügelten Angriff von einer vermutlich «ausländischen Macht» gehandelt, amerikanische Experten bestreiten das jedoch. Die Hacker schafften es, die persönlichen Daten von mehreren Zehntausend Wählern herunterzuladen, bevor die Behörden die Site dichtmachten.

Einig sind sich die Spezialisten darin, dass das US-Wahlsystem viel zu schlecht geschützt ist, und warnen deshalb vor einem vollständigen Übergang zum E-Voting. Manche US-Bundesstaaten benutzen Wahlmaschinen, zu denen es keine Papierbelege mehr gibt. Das Problem ist, dass bei Vorwürfen kaum bewiesen werden kann, dass keine Manipulation durch Hacker stattgefunden hat. Das Wahlresultat im grossen Stil zu fälschen, wäre laut Sicherheitsexperten schon deshalb unmöglich, weil die Daten alle lokal gespeichert sind und es kein zentrales System gibt, das manipuliert werden könnte. Möglich wäre es, etwa Wählerdaten zu löschen und damit am Wahltag Chaos anzurichten. Doch das ist nicht passiert.

Gelungene Verunsicherung

Auch wenn die Hackerangriffe vermutlich nicht aus dem Kreml kamen, ist es doch gelungen, Verunsicherung zu streuen mit dem Gerede über mangelnde Legitimität, Korruption und Wahlfälschungen. «Gerüchte über Wahlfälschungen können die gleiche Hysterie entfachen wie richtige Fälschungen», sagt die polnisch-amerikanische Historikerin Anne Applebaum. Doch davon war nach dem Wahltag plötzlich nichts mehr zu hören. Denn die Manipulationsszenarien des Kremls zielten auf einen Sieg der ungeliebten Hillary Clinton. So wollte man ihr die Legitimität entziehen.

Mit dem Sieg Trumps sah Putin sich dann plötzlich im falschen Film. Die Diskussion darüber, ob die Formel «ein Sieg Trumps ist ein Sieg Russlands» aufgeht, dürfte im Kreml erst gerade begonnen haben. Trumps aussenpolitische Linie ist noch immer diffus, ob er Moskau geopolitisch mehr Spielraum lassen wird, wie der Kreml behauptet, wird sich erst noch weisen. Wenn nicht, könnten manche Russen die offene Parteinahme für Trump schnell als grossen Fehler des Kremls ansehen.

Welche Pläne hat Trump für Osteuropa? US-Fallschirmjäger nehmen an einer Übung in Litauen teil. Foto: Ints Kalnins (Reuters)

Osteuropa

Die Angst vor dem «grossen Deal»

Russlands Nachbarn im Westen zittern nach dem Wahlsieg von Donald Trump.

Luca De Carli

Zum Sieg gratuliert haben sie Donald Trump alle, die Staats- und Regierungschefs von Russlands westlichen Nachbarländern. Auch der Wunsch nach einem baldigen Treffen mit dem neuen US-Präsidenten oder mindestens mit seinem Vize ist in der Ukraine, den baltischen Staaten und Polen gross. Jedoch nicht, um die Freude über Trumps Sieg persönlich mitzuteilen, sondern um jene Frage zu klären, die derzeit viele Menschen in Osteuropa beschäftigt: Welche Pläne haben die neuen Leute in Washington für die Region?

Am dringendsten ist eine Antwort für die Ukraine. Das Land sei «der grösste Verlierer» der Wahlnacht, twitterte ein früherer US-Botschafter. Man müsse sich darauf vorbereiten, künftig alleine dazustehen, warnen Experten in Kiew. Hier ist vor allem eine Aussage Trumps aus dem Wahlkampf hängengeblieben: In einem Interview war er gefragt worden, ob die russische Annexion der Krim richtig war. Seine Antwort: «Nach allem, was ich gehört habe, wollen die Bewohner der Krim lieber zu Russland gehören als zur Ukraine.»

Ob das auch die Position der neuen US-Regierung sein wird, ist momentan völlig unklar. Trumps Antwort wirkte eher spontan. Und als Kandidaten für sein Kabinett sind sowohl Leute im Gespräch, die sich für Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen haben, als auch solche, die angedeutet haben, Putin hier unter Umständen das Feld überlassen zu wollen. Es gibt in den USA Spekulationen über einen «grossen Deal»: Für bessere Beziehungen und im Gegenzug für Zugeständnisse Moskaus im Nahen Osten würde Washington die Ukraine opfern. Sprich die Annexion der Krim akzeptieren, Sanktionen aufheben und versuchen, Kiew zu Zugeständnissen gegenüber den Separatisten in der Ostukraine zu zwingen.

Ein Nato-Beitritt der Ukraine, den Russland unbedingt verhindern will, war schon vor Trumps Wahlsieg kein realistisches Szenario. An der Nato-Mitgliedschaft Polens und der baltischen Staaten, die Moskau genauso stört, kann auch der neue Präsident nichts ändern. Auf der Kippe steht aber möglicherweise die Stationierung zusätzlicher US-Soldaten in der Region. Das Pentagon hat am Donnerstag zwar angekündigt, vorläufig an allen Plänen festzuhalten. Vorgesehen ist unter anderem ab 2017 eine neue Panzerbrigade mit 4200 Mann, deren Hauptquartier in Polen unweit der russischen Enklave Kaliningrad liegen soll. Trump hat jedoch im Wahlkampf mehrfach Zweifel geweckt, ob er hinter einem zusätzlichen US-Engagement in Osteuropa steht. Genau das fordern aber Polen und das Baltikum.

Zurück ins fossile Zeitalter

Der neue US-Präsident will wieder Kohle, Öl und Gas fördern. Trotzdem bleibt man an der Klimakonferenz in Marrakesch gelassen.

Martin Läubli

Die Energiepläne des neuen US-Präsidenten Donald Trump lesen sich, als ob es Klimapolitik und -forschung nie gegeben hätte. Amerika sitze auf einem «Schatz unberührter Energie» und besitze insgesamt mehr Reserven an Kohle, Öl und Erdgas als irgendein anderes Land auf der Erde», heisst es auf seiner Website. In diesen fossilen Quellen sieht der neue Präsident einen ungeheuren Reichtum, der «unzählbare Jobs» bringen wird, besonders für die ärmsten Amerikaner. Das Dokument scheint die Handschrift von Myron Ebell zu tragen. Der Mann, der bis heute den vom Menschen gemachten Klimawandel bestreitet, gilt laut dem Politmagazin «Politico» als Topkandidat für die Leitung der Umweltbehörde EPA. Der Direktor des Competitive Enterprise Institute lobbyierte jahrelang für die Erdölindustrie und akzeptiert die Ratifikation des Pariser Klimaabkommens durch die USA nicht, weil sie vom Senat bisher nicht gebilligt worden sei. Damit erfüllt Ebell bestens die Vorstellungen von Trump, der während des Wahlkampfs drohte, das Pariser Abkommen zu kündigen oder neu zu verhandeln. Und es ist die Linie der Republikaner, die den Klimawandel nach wie vor in ihrem Grundsatzpapier, der Plattform 2016, kleinreden.

So will Donald Trump die Umweltbehörde EPA ganz im Sinne der Republikanischen Partei reformieren und die von der EPA eingeführten Vorschriften rückgängig machen. Im Visier sind unter anderem das Set an Bestimmungen der EPA, die CO_2-Emissionen der Kohlekraftwerke bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 2005 um 32 Prozent zu senken. Zudem verlangt sie, dass die Energieindustrie den Anteil an erneuerbaren Energien auf 28 Prozent steigert. Mit diesen Vorschriften soll der «Climate Action Plan» von Barack Obama verwirklicht werden. Derzeit klagen aber laut «New York Times» 28 Staaten und mehr als 100 Unternehmen gegen das Energieprogramm Obamas. Trump könnte das ändern, indem er den «Krieg gegen die Kohle» beendet, wie er droht. Dabei wurden zahlreiche US-Kohleunternehmen nicht nur wegen Obamas Klimaschutz, sondern wegen schwächelnder Nachfrage aus China und billigem Erdgas in den Konkurs getrieben.

«Es wird immer teurer»

Mit der Wahl von Donald Trump ist mehr denn je fraglich, ob das Versprechen der USA im Rahmen des Pariser Klimaabkommens – die Reduktion der Treibhausgase um 26 bis 28 Prozent gegenüber 2005 – erreichbar sein wird. Die USA müssen nicht aus dem Pariser Abkommen aussteigen, das bereits in Kraft ist. Es würde vier Jahre dauern, bis der Ausstiegsprozess abgeschlossen wäre. Trump kann einfach die Versprechen ignorieren, indem er im Inland den Klimaschutz bremst. Niklas Höhne vom New Climate Institute schätzt, dass 2030 die US-Emissionen etwa ähnlich hoch sein werden wie heute, falls Trump seine Energiepläne verwirklichen wird. Das Institut gehört zur Forschergruppe «Climate Action Tracker», das den Fortschritt der internationalen Klimapolitik misst. «Die Entscheide der Trump-Administration werden über weit mehr als vier Jahre Auswirkungen haben», sagt ETH-Klimaforscher und IPCC-Leadautor Reto Knutti. Jedes Kraftwerk, das gebaut werde, laufe 40 Jahre oder länger.

Ohne eine massive Senkung der Treibhausgase in den USA wird der internationale Klimaschutz gebremst. Die künftigen Klimaambitionen der einzelnen Vertragsstaaten werden derzeit an der Klimakonferenz in Marrakesch verhandelt. Was an Versprechen auf dem Tisch liegt, reicht bei weitem nicht aus, um die kritische Erderwärmung, von mindestens 2 Grad zu verhindern. «Es wird noch schwieriger und teurer, das Klimaziel zu erreichen», sagt Knutti. Dennoch haben Delegierte und Umweltorganisationen in Marrakesch gelassen auf den US-Wahlgang reagiert. Die Verhandlungen sind bisher laut dem Chef der Schweizer Delegation Franz Perrez nicht durch die US-Wahl geprägt. Der Weg ins postfossile Zeitalter werde weitergehen, China, die EU oder Indien würden keine Kehrtwendung machen, sagte der Sprecher der amerikanischen Organisation Climate Action Network.

Es wird grundsätzlich darauf vertraut, dass die Bewegung in Richtung erneuerbare Energie nicht mehr aufzuhalten ist. Die Internationale Energie-Agentur schreibt, wir seien Zeugen einer Transformation des globalen Energiemarktes durch Erneuerbare, vor allem in Schwellenländern. Der Treiber sei dabei nicht nur die Klimapolitik, sondern auch die zunehmende Luftverschmutzung durch Kohle. Die Datenbank des Global Climate Action Plan listet derzeit unter anderem mehr als 4000 Unternehmen, Städte, Regionen und Investoren weltweit auf, die Emissionsziele vorweisen. Die meisten Initiativen findet man in den USA.